

mitarbeiten 02/2017

Informationen der Stiftung Mitarbeit

www.buergergesellschaft.de · www.mitarbeit.de · www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Gespräch mit Bahar Sanli



»Die Einwanderungsgesellschaft im Stadtteil leben«

Gemeinwesenarbeit ist als Handlungsfeld Sozialer Arbeit eng mit einer demokratischen Stadt- und Quartiersentwicklung verknüpft. Im Rahmen aktivierender Gemeinwesenarbeit spielen Empowerment, Bürgerbeteiligung, Engagement und Selbstorganisation eine große Rolle. Bahar Sanli ist für das Berliner Nachbarschaftshaus Urbanstraße als Gemeinwesenarbeiterin aktiv. Im Gespräch erläutert sie, wieso Gemeinwesenarbeit wichtig ist, um die Einwanderungsgesellschaft vor Ort zu stärken.

Frau Sanli, Sie arbeiten als Gemeinwesenarbeiterin in Berlin-Kreuzberg. Was ist das für ein Stadtteil und vor welchen Herausforderungen steht Gemeinwesenarbeit in einem solchen Quartier?

Kreuzberg ist wie Neukölln und Wedding ein Stadtteil mit einer hohen Armutsquote und zugleich ein Stadtteil, der durch zunehmende Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse gekennzeichnet ist. Diese gehen in der Regel zulasten der altingesessenen Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers. Vor diesem Hintergrund gemeinwesenorientiert zu arbeiten heißt, dass wir uns nicht

auf bestimmte Gruppen im Stadtteil wie beispielsweise Erwerbslose, Migranten, Alleinerziehende oder arme Familien fokussieren, sondern auf die Themen, die die Menschen hier bewegen: steigende Mieten, prekäre Arbeitsbedingungen, fehlende Bildungschancen. Wir versuchen über diese Themen die verschiedenen Gruppen im Kiez zusammen zu bringen. Und ein gemeinsamer Nenner dieser Gruppen ist im Grunde ihre soziale Benachteiligung in verschiedenen Formen. Uns ist es wichtig, eine Solidarisierung innerhalb dieser Gruppen zu erreichen, damit sie sich gemeinsam für eine sozialgerechte und inklusive Stadt-

politik einsetzen. Unsere Aufgabe ist es auch, für die Anliegen der Bewohnerinnen und Bewohner Räume und Öffentlichkeit zu schaffen, Räume, in denen betroffene Bewohnergruppen mit anderen Akteuren und Fachleuten zusammen kommen, mit Vereinen, mit Politikern. Wir unterstützen und vernetzen Initiativen aus dem Stadtteil und helfen auch, den Protest zu organisieren und auf die Straße zu bringen.

Können Sie Ihre Arbeit an einem konkreten Beispiel erläutern?

In unserer Nachbarschaft gibt es eine Notunterkunft für Geflüchtete. Im Zuge dessen sind Nachbarn auf uns zugekommen und haben gefragt, ob wir als Nachbarschaftshaus nicht ein Forum oder Netzwerk schaffen können, damit die Nachbarschaft die Menschen ganz gezielt vor Ort unterstützen kann. Daraus hat sich ein Runder Tisch entwickelt, der zum einen den Bewohnerinnen und Bewohnern der Notunterkunft gezeigt hat, da sind in der Nachbarschaft Vereine, Einzelpersonen, Initiativen und Verbände, die uns unterstützen. Der Runde Tisch hat zum anderen dafür gesorgt, die vielen Missstände in der Notunterkunft aufzuzeigen, denn auch das Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales war mit dabei, ebenso der Betreiber der Unterkunft. Diese Missstände konnten durch die Arbeit und den Druck des Runden Tisches bearbeitet werden. Der Runde Tisch hat aber auch am Beispiel der Flüchtlinge gezeigt, wie wichtig das Thema bezahlbarer Wohnraum im Stadtteil ist. Denn auch die Geflüchteten wollen ja im Quartier wohnen bleiben, es sind in der Zwischenzeit Freundschaften, Bekanntschaften und informelle Strukturen entstanden. Und durch die Gespräche am Runden Tisch wurde deutlich,

(Fortsetzung auf Seite 2)



(Fortsetzung von Seite 1)

»Bürgerbeteiligung ...

dass es zum Beispiel bei der Wohnungsfrage im Grunde nicht um die Gruppe der Geflüchteten geht, sondern um strukturelle Probleme, mit denen viele Menschen in der Stadt konfrontiert sind. In unserem Fall hieß das, den Runden Tisch perspektivisch zu einem Bündnis auszubauen, in dem es um die Themen Wohnen und Arbeit geht, aber auch um Bildung und gesellschaftliche Ressentiments. Themen, die alle Menschen betreffen, die zu den sogenannten marginalisierten Gruppen in unserer Gesellschaft gehören, und die gemeinsam angegangen werden müssen. Denn das, was gut für Geflüchtete ist, ist zum Beispiel auch gut für Menschen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind. Wir müssen uns auf die übergreifenden Themen fokussieren, wenn wir von Inklusion reden.

Wenn Sie nach vorne schauen: was ist die Vision für die Arbeit eines solchen Bündnisses?

Inklusion findet in den Stadtteilen statt. Wir müssen mit solchen Bündnissen auf Stadtteilebene den Geist der Einwanderungsgesellschaft leben. Dabei ist es wichtig, dass uns die Politik den Raum dafür gibt. GWA weiß, dass die Bewohnerinnen und Bewohner Experten in ihren Lebenswelten sind. Dieses damit verbundene Wissen muss man ernst nehmen und in die Politik integrieren. Dabei braucht es keine Politik für Migranten, sondern eine Politik für die gemeinsame Einwanderungsgesellschaft. Es braucht eine Gesellschaft, die mitwirkt und die mitgestalten kann. Allerdings erfordern solche Bündnisse neben viel bürgerschaftlichem Engagement auch professionelle Strukturen. Dazu gehören zum Beispiel regelfinanzierte Nachbarschaftshäuser und Stadtteilzentren als Anlaufstellen, aber auch Personen, die als »Kümmerer« eine wichtige Rolle im Quartier übernehmen. Diese Forderung hören wir übrigens auch aus der selbstorganisierten Flüchtlingshilfe. Wichtig ist, dass die Politik aus den Versäumnissen der letzten Jahrzehnte lernt.

Das vollständige (Video-)Gespräch im Netz unter www.mitarbeit.de

Neue Publikation

Gemeinwesenarbeit und Migration

Gemeinwesenarbeit hat die Verbesserung von Lebensbedingungen in sozialen Räumen zum Ziel. Hierbei wird im Rahmen der Gemeinwesenarbeit mit allen Menschen und Personengruppen im Wohnquartier gearbeitet. Eine neue Publikation der Stiftung Mitarbeit zeigt nun, welche aktuellen Ansätze es für den Einbezug zugewanderter Menschen in die zielgruppenübergreifende Gemeinwesenarbeit gibt.

Gemeinwesenarbeit hat eine lange Tradition. Seit etwa 125 Jahren werden Methoden und Prinzipien der ursprünglich aus England und den USA kommenden Gemeinwesenarbeit (GWA) in Gebieten mit besonderen sozialen Problemen erfolgreich angewandt.

Gemeinwesenarbeit war historisch von Anfang an eng mit dem Thema Migration verbunden. Die Publikation knüpft an diese gewachsene Verbindung an. Sie spiegelt die Ergebnisse der GWA-Werkstatt

2016, die alle zwei Jahre von der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit organisiert wird. Im Rahmen der Werkstatt diskutierten im vergangenen Jahr zahlreiche Akteure aus Forschung und Praxis in unterschiedlicher Perspektive Erfahrungen und Herausforderungen gelingender Gemeinwesenarbeit in Stadtteilen und Wohnquartieren mit dem Fokus auf Migration.

Egal ob in den Städten oder auf dem Land: die verstärkte Zuwanderung nach Deutschland führt zu Veränderungen in vielen Nachbarschaften. Dies fordert die Profession Soziale Arbeit heraus, gemeinwesenorientierte Handlungskonzepte mit den Bürger/innen und geflüchteten Menschen vor Ort zu entwickeln und die interkulturelle Öffnung sozialer Dienste in das Gemeinwesen zu forcieren.

Im ersten Teil des Buches werden von den Autor/innen theoretisch-konzeptionelle Grundlagen dargestellt, die für eine kritische

Reflexion des Zusammenhangs von Gemeinwesenarbeit und Migration wichtig sind. Milena Riede, Michael Rothschuh, Claudia Stracke-Baumann und Jan Zychlinski

konturieren in ihrem Beitrag beispielsweise den inklusiven Ansatz der Gemeinwesenarbeit in heterogenen Nachbarschaften. Prinzipien, Methoden und die Arbeitsweise der Gemeinwesenarbeit im Kontext von Migration werden dargestellt sowie die erforderlichen Ressourcen und Rahmenbedingungen für erfolgreiche Gemeinwesenarbeit benannt.

Hester Butterfield plädiert dafür, in der Debatte um Geflüchtete die Menschen mit Fluchterfahrung selbst zu Wort kommen zu lassen. Helmut Heitmann geht auf argumentative Möglichkeiten im Umgang mit extremistischen Positionen und Ressentiments ein. Anhand beispielhafter Situationen wie den Auftritten zumeist jüngerer Menschen in Jugendeinrichtungen, die dort gezielt mit extremistischen Parolen agitieren, diskutiert der Autor unterschiedliche Vorgehensweisen. Kurzdarstellungen von guten Beispielen aus der Praxis der Gemeinwesenarbeit mit Geflüchteten runden die Publikation ab.

Milena Riede/Michael Noack (Hrsg.): Gemeinwesenarbeit und Migration. Aktuelle Herausforderungen in Nachbarschaft und Quartier. mitarbeiten.skrript Nr. 11, Verlag Stiftung Mitarbeit, Bonn 2017, 98 S., 8,- Euro, ISBN 978-3-941143-33-3, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de



Demokratiekompetenz von Kindern und Jugendlichen

Können Kinder und Jugendliche Demokratie? Und welche Rolle spielen Kinder und Jugendliche aus der Sicht von Erwachsenen bei der Weiterentwicklung unserer Demokratie? In einem Gastbeitrag für den eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft der Stiftung Mitarbeit stellt Kai Hanke, Leiter der Programmabteilung beim Deutschen Kinderhilfswerk, die wichtigsten demokratiepolitischen Befunde einer aktuellen Studie vor.

Der Kinderreport 2017 stellt die Demokratiekompetenzen von Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt. Demnach haben Erwachsene in die Demokratiefähigkeit der nachfolgenden Generation mehrheitlich Vertrauen. Knapp zwei Drittel (64 Prozent) trauen der heutigen Generation der Kinder und Jugendlichen zu, als Erwachsene Verantwortung für den Erhalt der Demokratie in Deutschland zu übernehmen. Bemerkenswert ist, dass das Vertrauen in die Demokratiefähigkeit

von Kindern und Jugendlichen mit zunehmendem Lebensalter steigt.

Bei jüngeren Erwachsenen ist dagegen das Vertrauen in die Demokratiefähigkeit von Kindern und Jugendlichen erstaunlich gering. Dieses Ergebnis erklären die Autor/innen damit, dass Kinder und Jugendliche in Deutschland nur wenig beteiligt werden. Durch die fehlende Erfahrung der Selbstwirksamkeit seien sie »demokratischen Prozessen gegenüber kritischer eingestellt«. Jüngere Generationen erlebten

zudem unmittelbar, wie schwierig politische Mitbestimmung ist, wenn es keine frühzeitige und praktische Erfahrung damit gibt.

Weitgehend einig sind sich die Befragten, dass die Kinder- und Jugendarbeit stärker finanziell unterstützt werden sollte (92 Prozent). In diesem Zusammenhang plädieren gut drei Viertel dafür, politische Bildung als Pflichtfach in der Ausbildung von Lehrer/innen und Erzieher/innen zu integrieren. Eine stärkere Berücksichtigung von Kinder- und Jugendinteressen in der Politik halten zudem gut vier Fünftel (83 Prozent) für wünschenswert.

Die Autor/innen des Kinderreports plädieren dafür, Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland auszubauen. Die Stärkung der Demokratiekompetenzen der jungen Generation könne nachhaltig jedoch nur gelingen, wenn die Demokratieförderung »frühzeitig« einsetzt und »milieuübergreifend« erfolgt.

Der Beitrag im Netz unter www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_hanke_170315.pdf

Starthilfeförderung Tempelhofer Berg e.V.

Vielfalt als Herausforderung und Motivation

Der Berliner Verein »Tempelhofer Berg« vereint in seiner Tätigkeit selbstorganisierte Gartenprojekte, bürgerschaftliches Engagement und Hilfe für Geflüchtete. Die Arbeit des seit dem Jahr 2015 am Südrand des Tempelhofer Felds aktiven Vereins wurde zu Beginn auch durch eine Starthilfeförderung der Stiftung Mitarbeit möglich.

Das Tempelhofer Feld ist – als Teil des ehemaligen Berliner Flughafens Tempelhof – die größte innerstädtische Freifläche der Welt. Der gemeinnützige Verein Tempelhofer Berg hat seinen »Stammsitz« am südlichen Rand des 355 Hektar großen Areals. Im Rahmen einer Kleingartenanlage treffen sich hier Menschen aus sechs Nationen, um gemeinsam zu gärtnern. Doch seitdem in den ehemaligen Hangars des Flughafens die berlinweit größte Notunterkunft für Flüchtlinge entstanden ist, »war rasch klar, dass wir uns der neuen Nachbarschaft öffnen wollten«, sagt Wilfried Büttner, der sich im Vorstand des Vereins engagiert.

Im Rahmen ihrer Kleingartenanlage sollte ein »Umweltgarten für Geflüchtete« entstehen, der insbesondere den in der Unterkunft lebenden Frauen und Kindern als »sicherer, geschützter und gesundheitsfördernder Raum« dienen sollte. Durch die aktive Teilhabe am Projekt sollte zudem »die Eigeninitiative, die Selbstwirksamkeit und das Empowerment« der geflüchteten Frauen und Kinder gefördert und »neue Möglichkeiten der Lebensgestaltung« außerhalb der limitierenden Bedingungen einer Flüchtlingsunterkunft eröffnet werden. Eingebettet waren die gärtnerischen Aktivitäten in eine umfassende psychosoziale Betreuung der Geflüch-

teten, die durch professionelle Fachkräfte und geschulte Ehrenamtliche des Vereins geleistet wurde.

Für die Aktiven des Vereins ist der Umgang mit den Geflüchteten bis heute »Herausforderung und Motivation« zugleich, wie Wilfried Büttner feststellt. Seine Bilanz fällt gemischt aus: »Der Umweltgarten wurde als Ort der Ruhe, der Begegnung und des Lernens von den Teilnehmenden geschätzt«, die Vermittlung von Umweltwissen war jedoch »nur in kleinen Schritten« möglich. Die mitwirkenden Frauen »waren damit beschäftigt, ihre persönliche, unsichere Situation zu klären und beispielsweise einen Schul- oder Betreuungsplatz für ihre Kinder zu suchen«. Dennoch ist Wilfried Büttner davon überzeugt, dass durch das Projekt »gegenseitiges Vertrauen« aufgebaut und eine »solide Grundlage« für weitere Aktivitäten geschaffen wurde.

Ausführliche Informationen zur Starthilfeförderung im Netz unter www.mitarbeit.de/starthilfe.html oder bei Corinna Asendorf (asendorf@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle. Nächste Frist für Anträge ist der 29. Mai 2017.

Kommunen als Impulsgeber der Demokratie

Kommunen sind zentrale Orte der demokratischen Meinungsfindung und Willensbildung. Stadtgesellschaft, Politik und Verwaltung suchen hier – im besten Fall gemeinsam – nach guten Lösungen für die Fragen der Zukunft. Gerade aus den Kommunen kommen neue Ideen, um demokratische Dialog- und Austauschprozesse zu gestalten: Kommunen und Zivilgesellschaft sind wichtige Impulsgeber für die Weiterentwicklung der Demokratie.

Doch was heißt das in Zeiten, in denen vieles in Frage steht und die von Verunsicherung, Wut, Ängsten und Ausgrenzung, aber auch vom Willen zum Aufbruch und Mut zur Erneuerung geprägt sind? Welche Impulse gehen aktuell von der Zivil-

gesellschaft und den Kommunen aus? Wie gehen sie mit den Herausforderungen um? Wie können Einwohner/innen, Politik und Verwaltung konstruktiv zusammenarbeiten und gemeinsam zukunftsfähige Lösungen finden?

Diese Fragen diskutiert das *Forum für Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie* (22.–24. September 2017, Loccum). Es wendet sich an Interessierte aus Bürgerschaft, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft, die eine bürgernahe, kommunale Demokratie mitgestalten wollen.

Nähere Informationen bei *Claudia Leinauer* (leinauer@mitarbeit.de) und *Marion Stock* (stock@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Auf Augenhöhe?

Partizipation und Teilhabe sind das Ziel von Integration. Teilhabe beginnt dort, wo die Menschen leben. In dem Workshop »Auf Augenhöhe? Gemeinsam mit Geflüchteten vor Ort etwas bewegen« (7.–8. Juli 2017 in Duisburg) gehen Engagierte und Geflüchtete der Frage nach, wie die Arbeit der Initiativen partizipativ umgesetzt werden kann und wie Partizipation

in Flüchtlingseinrichtungen und in der Kommune gestärkt werden kann. Der Workshop im Rahmen des Projektes »Demokratie geht nur miteinander« richtet sich an Engagierte in Flüchtlingsinitiativen und Kommunen und an Geflüchtete. (www.mitarbeit.de/demokratie_miteinander)

Nähere Informationen bei *Eva-Maria Antz* (antz@mitarbeit.de)

Transfercamp #SogehTVielfalt

Das Förderprogramm »Werkstatt Vielfalt« geht in seine zehnte Ausschreibungsrunde. Erstmalig können sich neue Projektträger mit einer bereits im Programm geförderten Projektidee bewerben. Um erste Transfers anzustoßen findet am 21. Juni 2017 in Köln das Transfercamp #SogehTVielfalt statt.

Die »Werkstatt Vielfalt« ist ein Förderprogramm der Robert Bosch

Stiftung, das die Stiftung Mitarbeit durchführt. Neben interkulturellen Vorhaben wird die Begegnung zwischen Jung und Alt, von Menschen mit und ohne Behinderung und aus verschiedenen sozialen oder religiösen Lebensbereichen gefördert.

Nähere Informationen bei *Björn Götz-Lappe* (goetz-lappe@mitarbeit.de) und *Timo Jaster* (jaster@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Vorstandsarbeit mit Gewinn und Freude

Wer sich als ehrenamtlicher Vorstand in einem Verein engagiert, trägt Verantwortung. Und so manches Vorstandsmitglied rutscht unvorbereitet in diese Rolle hinein oder wird gar gedrängt, ein Amt zu übernehmen. Was sind die zentralen Aufgaben von Vereinsvorständen? Und wie können diese so gestaltet werden, dass sie gelingen und sogar Spaß machen können?

In dem Seminar zu Aufgaben und Zusammenarbeit von Vereinsvorständen (23.–24. September 2017 in Königswinter) zielen inhaltliche Inputs und der gemeinsame intensive Erfahrungsaustausch darauf, die eigene Vorstandsarbeit zu überprüfen und weiterzuentwickeln.

Nähere Informationen bei *Eva-Maria Antz* (antz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Seminar

Alle im Boot?!

Bürgerbeteiligung braucht die Mitwirkung aller relevanten Akteure, um ihrem Anspruch nach demokratischer Mitgestaltung gerecht zu werden. Doch die Praxis zeigt, dass mit Beteiligungsangeboten Bevölkerungsgruppen nicht erreicht werden, die sich aufgrund ihrer Lebenssituation, ihrer Bildung oder gesellschaftlichen Stellung nicht oder nur in geringem Maße artikulieren können oder wollen.

Was ist zu tun, um Menschen einzubeziehen, denen die Beteiligung nicht »nahe liegt« oder die unter Bedingungen leben, die politische Teilhabe erschweren? Wie können wir z.B. Migrant/innen, benachteiligte Jugendliche oder Menschen, die am Rande unserer Gesellschaft leben, für Beteiligung gewinnen und sie dabei unterstützen, ihre Interessen einzubringen? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des Seminars »Alle im Boot?!« (30.

Juni bis 1. Juli 2017 in Mülheim an der Ruhr). Die Teilnehmer/innen reflektieren die eigene Praxis und identifizieren Verbesserungsmöglichkeiten in ihrem Handlungsfeld.

Nähere Informationen bei *Marion Stock* (stock@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung Mitarbeit
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:
Ulrich Rüttgers, Hanns-Jörg Sippel

Stiftung Mitarbeit
Ellerstr. 67
53119 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24-0
Telefax (02 28) 6 04 24-22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de
www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel (Vorsitzender), Beate Moog

Stiftungsrat: Monika Kunz (Vorsitzende)

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg
(BLZ 380 601 86) Kto. 20 10 54 00 14

Die Stiftung Mitarbeit wird vom Bundesinnenministerium gefördert.